

Die deutsche Sozialpolitik.

Wenn die bürgerlichen Parteien vor die Wähler treten, mit der Schuld so vieler volksfeindlicher Maßregeln beladen, werden sie sich zweifellos wie an einen Strohhalm an die deutsche Sozialpolitik festklammern.

Daß die deutsche Regierung Sozialpolitik getrieben hat, ist an sich noch gar kein Ruhm. Es ist einfach eine Selbstverständlichkeit. Welche Regierung und welche Politiker würden es sich als ein besonderes Verdienst anrechnen, daß sie für Erleichterungen des Verkehrs, für Eisenbahnen, für Rechtssicherheit, für das Schulwesen Sorge tragen?

In England hatte sich schon viel früher als in Deutschland gezeigt, wie das zügellose Walten der kapitalistischen Profitgier die Lebenskraft und Arbeitsfähigkeit des Proletariats und damit die Quellen der englischen Industrieherrschaft völlig zu vernichten drohte.

Das war aber alles ein Buch mit sieben Siegeln für die Bourgeoispolitiker, die im Reichstag des Norddeutschen Bundes 1869 in einer Gewerbenovelle die Grundbedingungen kapitalistischer Wirtschaft zu verwirklichen hatten;

Als die Wahlen von 1881 gezeigt hatten, daß das Sozialistengesetz kein Ziel verfehlt hatte, daß Gewalt nicht imstande war, die von neuem Freiheitsideal erfüllte Arbeiterschaft niederzuhalten, da dämmerte es der Regierung endlich, daß zu der Feindschaft noch ein Zuckerbrot gehörte.

Die achtziger Jahre gingen damit hin, diese Versicherungsgesetze mühsam zusammenzuflicken. Zwar hatte die sozialdemokratische Fraktion 1884 einen Gesetzentwurf eingereicht, worin ein Maximalarbeitsstag von 10 Stunden — 8 Stunden für Arbeit unter Tage, für ununterbrochene Arbeit und für Tagelöhne —, Verbot der Sonntags- und Nachtarbeit, besonderer Arbeiternachschuß, Festsetzung von Minimallohnen und Arbeitsämter gefordert wurden;

Ein neuer Sieg der Arbeiter war nötig, diesen Widerstand zu brechen. Der Zusammenbruch des Sozialistengesetzes brachte den Sturz Bismarcks und den neuen Kurs, der mit Zweifeln das Proletariat zu beschwichtigen suchte.

Dürftig genug sah dieser erste Anfang aus. Von den gerechtfertigten Ansprüchen der Arbeiter blieb er weit entfernt; er entsprach ungefähr den Beschlüssen des Reichstags von 1888.

undheitschädliche Berufe belam der Bundesrat die Bestimmung, eine Grenze der Arbeitszeit festzusetzen — eine Bestimmung, von der er einen äußerst mäßigen Gebrauch gemacht hat.

Hoffnungsfrohe Gemüter haben sich die Utopie zu recht gelegt, daß die Sozialreform sich notwendig in steigendem Maße entwickeln und den Kapitalismus umgestalten wird.

Woran liegt diese Erscheinung? Die ganze politische Situation ist mit der Konjunktur umgeschlagen. Seit 1895 ist eine Zeit der Prosperität gekommen, die Bourgeoisie glaubt wieder in fester, unerschütterlicher Kraft an ihre Weltordnung und sie denkt nicht mehr an solche Zugeständnisse an das Proletariat, als ihr in früheren Tagen der Furcht und des Zweifels nötig erschienen.

Reichstag.

190. Sitzung. Freitag, den 27. Oktober, mittags 12 Uhr. Am Bundestisch: Dr. Delbrück, v. Schorlemer. Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Interpellationen über die

Maul- und Klauenseuche.

Die Interpellation des Zentrums begründet Abg. Steinl (Zentr.): Zu der großen Dürre dieses Jahres ist noch das Gepest der Maul- und Klauenseuche gekommen. Der Rheinische Bauernverein hat für einen einzigen Kreis einen direkten Schaden von 880 000 Mark durch diese Seuche festgestellt.

Bei der Beratung des Viehseuchengesetzes hat das Zentrum gefordert, daß die Vieher von der Maul- und Klauenseuche ergriffenen Vieh voll entschädigt werden; ohne solche Entschädigung ist eine wirkliche Bekämpfung der Seuche nicht möglich.

Die Interpellation der fortschrittlichen Volkspartei begründet Abg. Regier (fortschr. Sp.): Trotz aller Sperrmaßnahmen greift die Maul- und Klauenseuche immer weiter um sich. Geschädigt werden durch sie in erster Reihe die Viehhändler und Viehhalter, aber auch die kleinen Gewerbetreibenden, die durch die Marktsperrre ihre Existenz verlieren; den kleinen Bauern wird es durch diese Sperrre unmöglich, ihre Produkte zu verkaufen.

Abg. Regier: Die vom armen Tisch aus angeordneten Sperrmaßnahmen schädigen die Landwirte noch mehr als die Maul- und Klauenseuche selbst. Wenn sie ganz plötsch austritt und die Tiere abgeschlachtet werden, muß selbstverständlich volle Entschädigung erfolgen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Dürre dieses Jahres hat die Schwierigkeiten noch verschärft, die aus der Maul- und Klauenseuche erwachsen. Das neue Viehseuchengesetz wird jedenfalls am 1. April 1912 in Kraft treten, und damit sollen verschiedene Mängel der jetzigen Bestimmungen fort.

Mit der Entschädigung der Vieher werden wir nicht weiter gehen können, als in dem neuen Seuchengesetz festgelegt ist; die dort getroffenen Bestimmungen waren ja ein schwer zustande gekommenes Kompromiß zwischen den Forderungen des Reichstags und den Anschauungen der verbündeten Regierungen.

Entschädigungen den Einzelstaaten nicht zu überlassen, haben wir um so weniger Veranlassung, als Preußen in seinem Einflußgebiet über die vom Reich festgesetzten Entschädigungen hinausgegangen ist.

Weiter wurde angeregt, das Reich solle Mittel zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche bereitstellen. Preußen hat ein eigenes Institut für diese Untersuchungen errichtet, und ich meine, wir sollen das Ergebnis der dort vorgenommenen Untersuchungen abwarten.

Auf Antrag des Abg. Frhrn. v. Gerling (Zentr.) wird in die Besprechungen der Interpellationen eingetreten.

Abg. Dr. Bohn (konf.): Die große Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche hat wieder einmal gezeigt, daß der Schutz gegen Einschleppung der Seuche aus dem Auslande viel zu gering ist. (Sehr richtig! rechts.) Das neue Viehseuchengesetz, das im nächsten Frühjahr in Kraft tritt, bringt eine Reihe von Verbesserungen für die Bekämpfung der Seuche.

Abg. Keil (Soz.): Der Vordrucker hat es verstanden, auch diese an sich nicht parteipolitische Frage zu einer Wahlrede

anzuwenden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im übrigen glaubte er, mit seinem Vorschlag mit Gewährung von Darlehen an die durch die Seuche geschädigten kleinen Landwirte etwas Neues anzuregen. Derselbe Vorschlag ist aber bereits vom württembergischen Landtage einstimmig beschlossen worden.

Es kam den Mehrheitsparteien dabei viel weniger auf die Stellung der Kranken Tiere an, als auf die Stellung des Viehbesizers der Agrarier. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ganz unrichtig ist die Behauptung, daß die Seuche von unsern westlichen Nachbarn her eingeschleppt ist.

Verfammlungen und Tanzveranstaltungen verboten worden mit Rücksicht auf die Gefahr der Verbreitung der Maul- und Klauenseuche. Merkwürdigerweise immer nur sozialdemokratische Verfammlungen, bei solchen des Bundes der Landwirte läge die Gefahr doch weit näher.

auf das Wohl des deutschen Volkes wäre sicherlich eine sehr günstige. (Lebh. Sehr gut! und Weiterkeit links.) Also mit allen Mitteln, die wirklich die Seuche wirksam bekämpfen, sind wir einverstanden, aber nachdrücklich protestieren wir dagegen, daß unter dem Vorwand der Seuchengefahr die

Verteuerung wird, lediglich zum Nutzen der Agrarier. (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.) Landwirtschaftsminister v. Schorlemer gibt zunächst eine Geschichte der Maul- und Klauenseuche, die seit 1000 wieder durch ganz Deutschland verheerend zieht.

Abg. Heuner (nat. lib.): Herr Dr. Delbrück und Herr von Schorlemer behaupten, daß alles geschehen sei, was geschehen könne. Aber es sind viele Anregungen nicht befolgt, die von